

Herrn  
Bürgermeister  
Bernhard Auinger  
Im Hause

**ANFRAGE Nr.:** 821/2026/013  
gem. § 21 GGO  
**eingbracht am:** 4.2.26  
**bei/im:** MD 9:35h

**Verfügung:**

1. Befragter: Bgm Bernhard Auinger
2. Bürgermeister
3. Klubs und Fraktionen
4. MD/01 zum Register
5. Sonstige MD100

4.2.2026 T. J. J. J.

Salzburg, 04. Februar 2026

**Betreff:** Grundstückskäufe für Wohnbau – Michael-Pacher-Straße  
**Anfrage gemäß § 21 GGO**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
lieber Bernhard!

Die angespannte Wohnraumsituation in der Stadt Salzburg ist unbestritten und wird von den Regierungsmitgliedern, die das Arbeitsübereinkommen unterzeichnet haben, selbst regelmäßig als eine der zentralen sozialen Herausforderungen bezeichnet. Umso befremdlicher ist es, dass nun Überlegungen bekannt wurden, dass das Landesgebäude in der Michael-Pacher-Straße nicht – wie ursprünglich vorgesehen – für Wohnzwecke zu nutzen, sondern dort Büroräumlichkeiten für den Magistrat unterzubringen. Diese Überlegungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zum Arbeitsübereinkommen, in dem unmissverständlich festgehalten ist, dass neue Wohnungen zu schaffen und vorhandene Flächen prioritär für Wohnbau zu nutzen sind. Darüber hinaus sieht auch das Regierungsübereinkommen der Salzburger Landesregierung ausdrücklich vor, dass das Gebäude zukünftig für sozialen Wohnbau genutzt werden soll.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende

### ANFRAGE

1. Wurden seitens der Stadtregierung oder des Magistrats bereits konkrete Planungen, Prüfungen oder Gespräche geführt, die eine Büronutzung anstelle von Wohnungen zum Ziel haben?
  - a. Wenn ja, auf welcher politischen Grundlage erfolgte diese Abkehr von den vereinbarten wohnbaupolitischen Zielsetzungen?
  - b. Wenn ja, wann und mit wem haben Gespräche stattgefunden und mit welchem Ergebnis?
  - c. Falls bereits Planungen vorliegen, bitte um Übermittlung.
2. Wer hat die Prüfung einer Büronutzung in der Michael-Pacher-Straße initiiert und welche politischen Verantwortungsträger waren daran beteiligt?
3. Wurde geprüft, welche alternativen Standorte für Magistrats-Büros zur Verfügung stehen, die nicht dem dringend benötigten Wohnbaupotenzial entzogen werden?
  - a. Wenn ja, bitte um Bekanntgabe der Standorte.
  - b. Wenn nein, wieso nicht?

**Volkspartei Stadt Salzburg – Gemeinderatsklub**

Schloss Mirabell, 5024 Salzburg, Telefon 0662 8072-3040

[OEVP.klub@stadt-salzburg.at](mailto:OEVP.klub@stadt-salzburg.at) // [www.salzburger-volkspartei.at](http://www.salzburger-volkspartei.at)

 [volkspartei.stadtsalzburg](https://www.facebook.com/volkspartei.stadtsalzburg) //  [volkspartei\\_stadtsalzburg](https://www.instagram.com/volkspartei_stadtsalzburg)

4. Hältst du es angesichts der dramatischen Wohnraumsituation in der Stadt Salzburg für vertretbar, eine innerstädtische Liegenschaft mit hohem Wohnraumpotential für zusätzliche Verwaltungsbüros zu verwenden?
  - a. Wenn ja, wieso?
  - b. Wenn nein, wieso wird es dann thematisiert?
5. Welche konkreten Maßnahmen werden deinerseits gesetzt, um sicherzustellen, dass das Arbeitsübereinkommen der Stadt eingehalten wird und der Standort Michael-Pacher-Straße tatsächlich für die Schaffung von Wohnraum genutzt wird?
6. Wie passt die mögliche Büronutzung des Magistrats zu den wiederholten öffentlichen Aussagen von dir, Bgm.-Stv. Dankl und StRin Schiester, dass jede verfügbare Fläche für leistbaren Wohnraum genutzt werden müsse?
7. Welche finanziellen Interessen oder Kostenerwägungen sprechen aus Sicht der Stadt offenbar stärker für neue Büroflächen, als für die Schaffung von Wohnraum?
8. Wie hoch sind die Kosten für eine Sanierung des Amtsgebäudes in der Michael-Pacher-Straße, damit dieses vom Magistrat für eine Büronutzung verwendet werden kann?
9. Steht dieses Steuergeld (Frage 8) für eine Büronutzung?
10. Wird durch die Diskussion über eine Büronutzung nicht faktisch ein politischer Präzedenzfall geschaffen, der zukünftige Abweichungen vom Arbeitsübereinkommen legitimiert?
11. Wie soll der Bevölkerung glaubwürdig vermittelt werden, dass Wohnbau oberste Priorität hat, wenn bei einer derart zentralen Liegenschaft genau davon abgewichen wird?
12. Kannst du ausschließen, dass die Wohnnutzung der Michael-Pacher-Straße schrittweise aufgegeben wird, indem zunächst „temporäre“ Büronutzungen geschaffen werden?
13. Wie viele Wohnungen könnten am Standort Michael-Pacher-Straße realistisch entstehen?

Delfa Kosi